

# Beschluss

## 32. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen 6. November 2010, Bonn

### A1.1 (auf Antrag der Antragskommission und des Landesvorstands)

#### **Schulvielfalt und individuelle Förderung**

Schule ist Herzenssache der CDU in Nordrhein-Westfalen. Das beweist aktuell die Diskussion in der Partei um die Zukunft unserer Schulen. Nie zuvor in der Geschichte der nordrhein-westfälischen CDU hat ein Leitantrag soviel Resonanz ausgelöst wie der Leitantrag des Landesvorstandes „Schulvielfalt statt Schuleinfalt“ zur Vorbereitung auf den 32. Landesparteitag. In 360 mit Sorgfalt und Kompetenz erarbeiteten Änderungsanträgen haben Mitglieder und Gliederungen der CDU substanzielle wie diskussionswürdige Anregungen gegeben. Das beweist: Die CDU ist die Bildungs- und Schulpartei in unserem Bundesland.

Die Antragskommission hat eingehend die Anträge und die Vorgehensweise der weiteren Beratungen debattiert. Im Lichte dieser Diskussion schlägt die Antragskommission dem Landesparteitag vor, im Frühjahr 2011 einen Landesparteitag vor allem den Leitlinien für unsere künftige Schulpolitik zu widmen. Dem soll eine strukturierte Diskussion vorausgehen unter Einbeziehung der eingegangenen Änderungsanträge und einer breiten Beteiligung der Partei. Darüber hinaus sollen Vertreterinnen und Vertreter aus Schule, Wissenschaft, der Verbände, Kirchen und der Kommunen einbezogen werden. Aus dieser Diskussion soll ein Leitantrag zum 33. Landesparteitag entwickelt werden, in den auch die Ergebnisse der Regionalkonferenzen eingehen, die gemeinsam von Partei und Fraktion bis Jahresende 2010 durchgeführt werden.

Die Diskussion orientiert sich an folgenden, aus dem jetzigen Leitantrag und den dazu eingegangenen Änderungsanträgen entwickelten Eckpunkten:

1. Bildung will zu einem selbstbestimmten Leben in einer sich ständig ändernden Welt befähigen. Bildung ist lebensbegleitender Prozess. Bildung in all ihren Ausprägungen, ob als allgemeine oder berufliche, als Hochschul- oder Weiterbildung eingestuft, ist Weichen stellend für die Zukunft unserer Gesellschaft, unseres Staates und unserer Wirtschaft.
2. Unsere Schulen schaffen dazu wesentliche Voraussetzungen. Die Qualität von Schulpolitik misst sich daran, wie es ihr gelingt, Rahmenbedingungen zu schaffen für die bestmögliche Entfaltung eines jeden Kindes und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen, unabhängig von Status oder Herkunft. Dazu gehört eine gute Verzahnung von Lernphasen, Bildungswegen und den Kräften der Regionen.
3. Kern der Schulpolitik der CDU Nordrhein-Westfalens ist die von uns durchgesetzte individuelle Förderung jeder Schülerin und jeden Schülers. Eine gute Versorgung mit qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern, guter Unterricht und kleine Klassen sind dazu unerlässliche Voraussetzungen.

4. Individuelle Förderung gelingt nach unserer Überzeugung am besten in einer Schul-landschaft, die von Vielfalt geprägt ist. Diese Vielfalt fördert alle. Wir denken Schule vom Kind und Jugendlichen her und nicht vom „System“. Jede und Jeder müssen dabei jeden Schulabschluss erreichen können, den sie erreichen können und wollen. Einheits-schulen werden weder menschlicher Vielfalt gerecht noch führen Einheitsschulsysteme Schülerinnen und Schüler zu besseren – eher zu schlechteren – Ergebnissen. Daher lehnen wir Schuleinfalt ab.
5. Nicht Schulorganisation entscheidet maßgeblich über Schulerfolge, sondern die Quali-tät des Unterrichts und der Geist, in dem eine Schule lebt und arbeitet. Die von uns durchgesetzte Selbständigkeit eigenverantwortlicher Schulen ist dafür Bedingung. E-benso gehören dazu bedarfsgerechte Ganztagschulen mit entsprechend gestalteten Lehrplänen und Essensversorgung. In unseren Schulen muss eine Kultur der Anerken-nung mehr Verbreitung finden, Schulen müssen zur Verbesserung der Lern- und Lehr-atmosphäre ansprechend gestaltet, die Berufswelt muss eingeblendet statt ausgeblen-det, außerschulische Bildungspartner auch aus der Vielfalt unserer Vereine und Grup-pen müssen stärker berücksichtigt werden. Und auch aus der Gesellschaft muss Schule mitgetragen werden und Anerkennung und Achtung erfahren.
6. Schule lebt und verändert sich mit unserer Gesellschaft. Wir haben im Interesse unse-erer Kinder und unserer Gesellschaft unsere Schulen weiterentwickelt und werden dies mit Blick auf Zukunftserfordernisse weiterhin tun. Wir haben den Reformstau aufge-löst, umgesetzt, was notwendig war und unser Bildungssystem stärker auf die Erfor-dernisse der Zukunft eingestellt. Wichtig und richtig war etwa
  - die Sprachförderung ab dem vierten Lebensjahr für alle Kinder, die sie brauchen;
  - die Beendigung der krassen Benachteiligung von Jugendlichen an unseren Hauptschulen;
  - dass wir Brücken zwischen Schulen und Wirtschaft gebaut haben;
  - dass wir die schwierige bundesweite Umsetzung von G8 und Zentralabitur ein-leiteten,
  - dass wir Kinder mit Behinderungen stärker in den Fokus rückten;
  - dass wir Verbundschulen ermöglicht haben, damit die Schulformen weiterentwi-ckelt werden konnten und so zugleich Kommunen insbesondere in ländlichen Regionen geholfen werden konnte, die Folgen der demografischen Entwicklung abzufedern.

Dies alles war und ist ein guter Weg.

7. Wir werden mit dem Ziel der pragmatischen Weiterentwicklung unseres Schulwesens im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler wie der Zukunft unserer Gesellschaft in den kommenden Wochen und Monaten uns auch u.a. folgender Fragen vertieft an-nehmen:
  - Wie kann früheres gemeinsames Lernen organisiert und gestaltet werden?
  - Wie sind Methodik und Didaktik, wie Lehrpläne oder Schulorganisation besser auf Kinder und Jugendliche, auf den Stand ihrer Entwicklung und ihrer Lernmög-lichkeiten und Bedürfnisse auszurichten?
  - Wie können Kinder sogenannter bildungsferner Schichten besser in ihrer Le-benssituation erreicht, wie effektiver gefördert werden?

- Soll sich die Schulstruktur unseres Landes unter Wahrung der Vielfalt stärker in Richtung eines Zwei-Säulen-Modells entwickeln?
- Wie kann es noch besser gelingen, in unseren Regionen „Bildungsketten“ zu schmieden und dabei auch die Potentiale unserer Berufskollegs zu erschließen?

Akademische und berufliche Bildung sind gleichwertig. Diese Erkenntnis in der Praxis durchzusetzen, auch dies ist für uns ein zukunftsweisendes Anliegen.

Antworten auf Fragen wie diese sind entscheidender für die Zukunft als immer neue fruchtlose Schulstrukturdebatten, die nur Verunsicherung säen. Anspruch einer gerechten Schulordnung ist: Jeder zählt. Dieser unserem christlichen Menschenbild entsprechende Leitsatz bleibt für die nordrhein-westfälische CDU Verpflichtung.